

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1896

279 (27.11.1896) I. Blatt

Ausgabe: wöchentlich zweimal.
Abonnementpreis: Vierteljährlich: 2 Mark 60 Pf., in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pf., durch die Post ohne Zustellgebühr 3 Mark 60 Pf. Vorausbezahlung.

Badische Landeszeitung.

Einzelgebühren: Die 1spaltige Kolonelle oder deren Raum 20 Pf., im Restamentheile 60 Pf.
Bemerkungen: Unbenützte Gebühreneinstellungen werden nicht aufbewahrt und können nachträgliche Honorar-Ansprüche keine Berücksichtigung finden.

Redaktion und Expedition: Ditzschstraße 3.

Telephonanschluß Nr. 401.

Nr. 279. I. Blatt.

Karlsruhe, Freitag, den 27. November

1896

Moltkes militärische Korrespondenz.

Sieben ist der dritte Teil der militärischen Korrespondenz Moltkes erschienen, welcher den Abschnitt des deutsch-französischen Krieges vom 3. September 1870 bis 27. Januar 1871 enthält. Es findet sich darin eine gerechte Auseinandersetzung, welche Moltke mit dem König und dem Kriegsminister v. Roon über die Frage der Beschießung von Paris führte. Nachdem der Bundeskanzler Graf Bismarck hierüber einen Zwischenbericht eingereicht hatte, richtete der König am 28. November 1870 folgendes eigenhändige Schreiben an Moltke und an den Kriegsminister, von dem auch der Kronprinz von Preußen sowie die Generale v. Sinterlin und v. Kleist Kenntnis erhielten:

Der Termin, welcher mir angegeben worden ist, bis zu dem der Angriff auf die Forts der Seilseite von Paris beginnen werde, nähert sich, so daß ich vor drei Tagen die Generale v. Sinterlin und v. Kleist zu mir befohlen, um mir Vorträge zu halten, wie weit die Vorbereitungen zu jenem Angriff vorgeschritten seien, und ob der Termin, die ersten Tage Dezember, eingehalten werden würde. Zu meinem Erstaunen ersah ich aus jenen Vorträgen, daß zwar die Gerüstung von drei bis fünfzehn Batterien vollständig sei, daß dagegen in artillerischer Hinsicht, teils durch Minderbenützung von Belagerungsgeschützen, teils durch die Störungen der Transportmittel, die Munition noch nicht zur Hälfte herbeigeschafft werden könne, so daß der Angriff nicht vor Ende Dezember, ja Anfang Januar beginnen könne, und daß wegen der Verminderung des verlangten Bedarfs an Geschützen der nördliche (Schein-) Angriff ganz aufgegeben werden müsse.

Diese Verögerung erregt bei mir die allergrößten Bedenken, sowohl in militärischer als politischer Hinsicht.

In militärischer Hinsicht ist der 2/3monatliche Stillstand der Operationen um Paris an sich, nach den schnellen und eklatanten Erfolgen des Sommerfeldzuges unerfreulich und für Paris unverständlich, so daß im Vaterlande unliebsame Ansichten laut werden, und wenn auf solche Ansichten auch nicht Gewicht zu legen, so sind sie doch nicht außer Acht zu lassen, da sie bei den hochangesehenen Offizieren verstimmen können. Dem Feinde hat, wie täglich ersichtlich, dieser Stillstand Zeit gegeben, seine neuen Formationen zu konsolidieren und zu verstärken. In politischer Hinsicht wird dieser Stillstand nicht zu unseren Gunsten ausgelegt, indem man an Mangel an Kraft und Mitteln glaubt, so daß die Neutralen, namentlich bei der eingetretenen orientalischen Verwickelung, leicht an eine schnellere Beendigung des Krieges denken, und die bisher abgewendete Einmischung zu Friedensunterhandlungen wieder in den Vordergrund treten könnte. Dieses alles verpflichtet mich, die Frage der Beschleunigung des Angriffs auf die südlichen Forts des Seilbundes in die Hand zu nehmen und den schleunigsten Bericht zu verlangen.

1. Welche Mittel sind mit aller Energie zu ergreifen, um die fehlende Munition des Artillerieparkes herbeizuschaffen? Seit Herstellung der Eisenbahnverbindung bis Mainz ist eine Verfrachtung des Transportmittels mit Pferden eingetreten, und muß es Mittel geben, diesen günstigen Umstand energisch auszunutzen.

2. Ist es noch an der Zeit, den Nordangriff zu unternehmen und die benötigte Zahl der Geschütze herbeizuschaffen?

3. Ist die Anzahl der Munition so vollständig berechnet, daß kein Stillstand in der Beschließung des Forts eintreten kann, der einem etwaigen Scheitern gleichgültig und dem Feinde Gelegenheit gebe, die Werke zu reparieren?

4. Welche Werke sind von der Fortifikation noch auszuführen, bis zum Einbringen des Belagerungsgeschützes in die Batterien?

Ich erwarte wenigstens einen mündlichen Bericht bis zum 1. Dezember, damit unverzüglich an die Ausführung der mir vorzuschlagenden Mittel gegangen werden kann, um die allergrößte Beschleunigung des Angriffs der Seilbunds herbeizuführen.

Graf Moltke verfaßte hierauf eine Denkschrift, die er am 1. Dezember dem König übergab:

Promemoria
Ihr. Majestät dem König übergeben.

betr. den Beginn des artilleristischen Angriffs auf Paris.
H. O. Versailles, den 30. November 1870.

Die Frage, wann der artilleristische Angriff auf Paris beginnen soll oder kann, dürfte auf Grund militärischer Gesichtspunkte zu entscheiden sein. Politische Momente können nur insoweit Berücksichtigung finden, als sie nicht etwas militärisch Unzulässiges oder Unmögliches beanspruchen.

Ersteres würde der Fall sein, wenn die Politik den Beginn der Beschließung verlangen sollte, ehe die zur Durchführung derselben erforderlichen Mittel vorhanden sind; letzteres, d. h. das Verlangen nach etwas Unmöglichem, würde vorausgesetzt werden müssen, wenn die schleunigste Bereitstellung des erforderlichen Materials beansprucht wird unter Verneinung auf die den Franzosen gebliebene Heranschaffung einer großen Zahl schwerer Geschütze nebst erforderlicher Munition aus Cherbourg, Lyon und Toulon. Die nach dem Zwischenbericht des Herrn Bundeskanzlers die Forderung der Politik führenden Militärs scheinen wohl übersehen zu haben, daß das Gouvernement von Paris für gedachten Zweck über mehrere Bahnhöfe frei verfügte, während der preussischen

Seeresleitung nur eine vielfache Betriebsstörungen ausgefetzte Bahnlinie zu Gebote stand, welche bis vor kurzem auf 14 bis 15 Meilen vom Standort des Belagerungsparks ihren Abschluß fand. Hierin allein liegt die einzige Erklärung für die Verögerung des artilleristischen Angriffs.

Die beigelegten Anlagen (nicht aufgenommen): 1. Bericht des Obersten v. Noll über Versailles vom 29. November 1870 und 2. Vergleichsbericht des Oberkommandos der dritten Armee vom 30. November 1870 sprechen sich hierüber näher aus und legen dar, wie es trotz der gestellten Ansehensparis und Requisition von Landfahrwerk bisher nicht hat gelingen wollen, der Heranschaffung der schwer wiegenden Munition (dieselben allein 50—60 000 Zentner) den wünschenswerten Fortgang zu verschaffen.

Es dürfte anzuerkennen sein, daß eine weitergehende Beteiligung der Pferde der Munitionskolonnen die Operationsfähigkeit der Armee zu beeinträchtigen im Lande gewesen wäre.

Ebenso wenig möchte es zulässig gewesen sein, die Gespanne der Fahrpattkolonnen in erhöhtem Maße in Anspruch zu nehmen. In der ersten Zeit der Einschließung wäre die Sicherstellung der Verpflegung ernsthaft in Frage gekommen, und mit der nennbar erzielten, reichlicheren Heranschaffung der Verpflegung hat die Abnutzung der betreffenden Gespanne zugenommen, wie ein Blick selbst auf die Proviantkolonnen zeigt.

Wie groß die Schwierigkeit bei Requisition von Landfahrwerk gewesen, und wie wenig lehreres im allgemeinen für den Transport der schweren Belagerungsmunition geeignet ist, findet sich in der Anlage näher ausgeführt.

Es dürfte hiernach keinem Zweifel unterliegen, daß bis zur Zeit eine schleunigere Heranschaffung der Munition nicht wohl ausführbar gewesen ist.

Die Weiterführung der Bahn bis Lagny, die Heranschaffung geeigneter Fahrzeuge von Berlin her, die seitens des Oberkommandos der 3. Armee in Aussicht gestellte, weitere temporäre Bestellung von Zugpferden der Munitionskolonnen, sowie die eventuelle seitens der letztgedachten Behörde vorgeschlagene Ermitzung von 500 bis 1000 zweispännigen Wagen (für deren Transport bis Lagny gleichwohl etwa 30 Bahnmile erforderlich sind) durch den Lieferanten Hugo Knopf in Erfurt wird voraussichtlich es ermöglichen, gegen Mitte nächsten Monats mit der Beschließung der Forts auf der Seilfront zu beginnen.

Lehtere ist überhaupt immer nur als das äußerste Mittel zur Bewingung des Widerstandes angesehen worden. Als ein, wenn auch langwieriger, vorläufiger, aber sicher zum Ziele führenden Mittel mußte zunächst die enge Einschließung und Auszehrung betrachtet werden.

Da die Entscheidung des Feldzuges übrigens nicht hier, sondern darin liegt, daß die noch im freien Felde operierenden feindlichen Armeen geschlagen werden, dürfte es sich auch nicht empfehlen, über die Beschließung der Forts hinaus die eigentliche förmliche Belagerung vorzubereiten, welche bedeutende Opfer an Menschen erfordert würde.

Was endlich den früher projektierten Nebenangriff gegen die Nordfront von Paris betrifft, so würde die Einleitung desselben bis vor kurzem denselben Schwierigkeiten der Heranschaffung der Munition begegnet haben, wie dies vor der Seilfront der Fall gewesen ist.

Eine ähnliche scharfe Auseinandersetzung hatte Moltke 14 Tage später mit dem Kriegsminister v. Roon, welcher in einem vom 1. Dezember datierten Schreiben den Generalsstabchef darüber zur Rede stellte, daß er sich in seiner Gegenwart in einem Vortrage beim König gleichfalls gegen die sofortige Beschließung ausgesprochen, trotzdem er ihm (Roon) gegenüber auf den Antrag eingegangen sei, ihm einen für die Beschließung ausreichenden Jahrespark zur Verfügung zu stellen. Moltke antwortete darauf mit aller Schärfe: „In meinem mündlichen Vortrage habe ich wieder von der Unmöglichkeit noch von der Unmöglichkeit des Unternehmens gesprochen, wohl aber dessen Schwierigkeiten hervorgehoben und mich entschieden dagegen verwahrt, daßselbe jetzt schon als zur unredlichen Zeit zu beginnen. Ich muß daher ebenso ergebenst als dringend bitten, die Aufstellung eines militärisch organisierten Jahresparks nicht zu unterlassen in der durchaus unbegründeten Besorgnis, die Beschließung von Paris würde nicht erfolgen, sobald der Zeitpunkt dafür gekommen sein wird.“

Aus der Korrespondenz ist noch ein sehr interessantes Schreiben des Generals v. Blumenthal zu erwähnen, welches derselbe am 21. November 1870 an Moltke richtete. General v. Blumenthal nimmt darin Bezug auf ein Gespräch mit Bismarck, worin dieser betonte, daß die politische Lage und namentlich die Stimmung im Vaterlande die Beschließung notwendig machen. Blumenthal spricht mit Bezug hierauf die Befürchtung aus, daß eine so gewichtige Stimme durchdringen und so eine Maß-

regel angeordnet werden könnte, welche vom militärischen Standpunkte aus durchaus verwerflich wäre. Blumenthal ist der Ansicht, daß die Pariser Macht-haber über eine sofortige Beschließung ganz glückselig sein würden. Eine Beschließung in diesem Stadium würde den Pariser Forts wenig schaden, dafür aber den bereits im Absterben begriffenen Enthusiasmus der Franzosen wieder anfachen. „Sollen wir“, ruft Blumenthal aus, „nach so beispiellosen Erfolgen einen solchen Scheitern erleiden, bloß weil die militärisch unwissenden, hinter dem grünen Tische sitzenden Leute im In- und Auslande dazu drängen!“

Die ganze Korrespondenz giebt einen tiefen Einblick in die scharfen Gegensätze zwischen der politischen und der militärischen Betrachtung der damaligen Lage.

Vom Tage.

Karlsruhe, 26. Noobr.

Der Reichstag

bietet gegenwärtig fast in allen Sitzungen einen wahrhaft beledendenden Anblick; selten sind viel mehr als 30 Abgeordnete in den weiten Räumen des neuen Hauses zu sehen! Und dieses Plump-parlament stimmt über die wichtigsten Fragen der deutschen Strafrechtspflege ab! Ein Glück, daß der zweiten Lesung noch eine dritte folgt, zu welcher die Reichstagsmitglieder dann hoffentlich so zahlreich sich einfinden, daß die Abstimmungen ein wirkliches Bild von den Anschauungen der Mehrheit geben.

Ueber die augenblicklichen Zustände im Reichstag entwirft ein Berliner Verichteratter des „Pfälzer Kurier“ unter dem Titel „Welch ein Reichstag!“ ein so hübsches Bild, daß wir uns nicht verlagern können, dasselbe unsern Lesern vorzulegen; er schreibt unter'm 24. Nov. aus Berlin:

Wiederholt in den letzten Tagen machte ich den Versuch, die Reichstagsabgeordneten da unten im Saale zu zählen, blieb nicht auf ihren Sitzen, liefen hin und her, aus und ein. Nun hätte ich ja auf das bekannte Hülfsmittel verfallen können, die Hüte in der Garderobe zu zählen; aber das ist nicht immer zuverlässig, denn auch andere Besucher des Parlaments „enthaupen“ sich nicht selten dort, und erst jüngst — es war am Tage der Schlacht von Brünn — entdeckte ich hier einen reizenden kleinen Damen-Cylinder, höchste Neuheit, mit köstlich flatternden Fahnenfedern und weichen duftigen Schleier. Will man sicher gehen, ist's mitihm das Beste, wenn auch schwierig, die Zählung im Saale selbst vorzunehmen und bei etwas Gebuld kommt man schließlich doch zum Ziele. Heute endlich ist mir der große Wurf gelungen. Nicht gleich zu Anfang der Sitzung, aber so ungefähr in deren mittlerem Stadium, als die Langeweile ihren Höhepunkt erreicht hatte.

Der Herr Reichstagsabgeordnete Stadthagen von den Sozialdemokraten sprach gerade wieder einmal. Dieser, schlummernder Friede lag über dem dümmerten Haus. Auf einfacher Höhe, behaglich in den mächtigen, reichgeschmückten Stuhl zurückgelehnt, langweilte sich der Präsident v. Bülow. Die Brille hatte er hinaufgeschoben auf die hohe Denkerstirn, das „centrumsschwere“ Haupt neigte sich sanft gen vorwärts und über dem behäbigen Mund des Bauches lagen in frommer Pose gefaltete die Hände. Respektwürdig wäre, zu glauben, der strenge Hüter parlamentarischer Ordnung schliesse etwa den Schlaf des Gerechten; nein — Herr v. Bülow ist ja schon seinem bürgerlichen Berufe nach ein Wächter des Gesetzes und das „Auge des Gesetzes wacht“ betänlich immer.

Aber die vor und unter ihm, die, die schliefen, wenn auch mit offenen Augen wie die Hahn. Wenigstens rührte keiner ein Glied. Ich begann zu zählen. Mangelnd schielte ich dabei immer wieder nach den Thüren, denn wenn er kam, der gestern und vorgestern des Hauses Ruhe störte, war's zweifellos vorbei mit meiner Zählerei. Nun werden Sie fragen: welcher „er“, was für ein „er“? Und ich antworte: Ein Volksvertreter der äußersten Linken, radikal in jeder Beziehung. Bei der Brünnwisch-Debatte spektakuläre durch Zwischenrufe, und nun, da es still im Hause wie in einer Kirche, jetzt, da nur der Redner zur Justigovelle redet, und keiner sonst den Mund aufhört, jetzt hört dieser Herr des Saales schlummernden Frieden durch — fortgesetzt diesen. Kommt „er“ heute, sagte ich mir — und zählte dabei immer weiter — dann schreit er mir die sanft ruhenden auf und bringt mich um mein

Religiöser Irrwahn.

(Schluß.)

In keinem Lande gab es von jeher so viel Kindesaussetzungen wie im Kirchenstaate und bei den Niederchristen in Italien. Die Hospitäler zum hl. Geist sind vollgeproppelt und die Sterblichkeit unverhältnismäßig groß. Die armen Waisen lernen nie Vater und Mutter kennen und erfahren nichts von ihrer Herkunft. Alles natürliche Gefühl scheint bei diesen Waischen erstickt, sind das Christen? Wohlthätig steht in Altaverno eine religiös unzurechnungsfähige Mutter ihr Kind aus. Als es schon geschrieen war, begann man Novemmen für Salefia's Leben abzuhalten. Wie lästerlich, ein Wunder zu verlangen, nachdem alles zu baldigem Ende mit ihr geschieden war! Die Mutter sah star zu wie man ihr lehtes Kind im Saal mit einem Weizen Kalfstaub überschüttete und so verbrannte, und schrieb darnach meiner Frau: „Salefia ist zu dem großen himmlischen Hochzeitsmahle eingegangen. Um eine Klosterfrau legt man keine Trauer an. Man kann dem Himmel kein größeres Opfer bringen, als mit seinem einzigen Kinde“ — als ob Christus ein Mordopfer verlangte? So weit hätten wir es also gebracht! Von jeher sind die größten Verbrechen im Namen der Religion verübt worden, hier ist ein schlagendes Beispiel.

Aber nicht umsonst hätte man die Jungfrau für den Himmel vorbereitet. Die himmelsflüchtige Mutter wirft der schwindsüchtigen, der Welt abgestorbenen Nonne ungeachtet der Abmachung des Bezirksamtmauns Krumbach eine Ausstattung von baren 25 000 Gulden nach, obwohl eine Himmelsbraut gefehlich höchstens 2000 Gulden mitbekommen soll; doch die Staatsregierung genehmigt das! Welche Wohlthat hätte die megwerdende Verführerin ihrer Heimat erweisen können, wenn sie die jährlichen Zinsen aus 40 000 Mark zur Ausstattung armer Bürgerstöchter verwenden wollte!

Ganz besonders kräftige Töne schlägt Prof. Dr. Sepp an, wenn er sich über den Reichsvertrag durch die Wallfahrt zur Revanche-Madonna von Lourdes äußert. „Heute sind es“, so schreibt Sepp u. a., „Franziskaner, wie die Bernadette und Louise Lataca, welche in der Kirche den Ton angeben, im Widerspruch mit Paulus, welcher befahl: nulli taceat in ecclesia. Bonifazius, der Jogen. Apostel der Deutschen, eiste noch wider den Quellenfall als heidnischen Braud, und heute, sagt man, hat ein beträchtlicher Teil vom Klerus Pfäffchen mit Lourdeswasser-

im Pult, um damit Heilungen vorzunehmen. Wir müssen die Schande erleben, daß gleich 50 Pfarrer aus Schwaben, dazu auch ein paar aus dem Harz, nach Lourdes pilgerten. Auf dem Frauenaltar steht in der Dreifaltigkeitskirche zu Tölz, auf meine Anordnung, von Wölbauer Niedmüller ausgeführt, nach dem berühmten Fahnenbilde, die Madonna von Straßburg aus den Kreuzgängen. Außerdem sind von mir geschenkt die beiden kostbaren Altarreliefe, am Eingange zur Sakristei das altdeutsche Meisterwerk: Der Tod Mariens und gegenüber der Tod Josephs nach Overbeck, von dem ersten Wölbauer unserer Zeit, Kaspar Zumbusch. Sie ertragen keine zweideutige Nachbarschaft. Aber siehe da! Die alte Muttergottes mit dem Gottessohne erhält den Abschied, und auf dem Seitenaltare steht zur Beschändelung des ganzen Gotteshauses plötzlich eingeschmuggelt eine Theatexprinzessin oder Kammerzofe, nach dem Modell eines Pariser Fräuleins als modernes Madonnenbild, und zu dieser Mamfell, dem Jungfernbilde ohne Christkind, soll gebetet werden? Was hat die Gottbegnadete vorher für Gnaden mit beiden Händen ausgeteilt? Ein paar Kinder soll die weibliche Erscheinung angestrichelt haben: Die jungfräuliche Empfangnis, vielmehr Empfangende. Die beiden Gottesmänner Bischof Konrad der Tölzer und Eusebius Amort von der Oberbarnmühle haben im Leonhardskirchlein, wo ihre Bildnisse im Fenster prangen, zu der Einschmuggelung der schändlichen Spießfigur ohne Christkind den Kopf geschüttelt und sich schamrot geworden. Sankt Paulus schreibt zwar: Das Weibervolk hat in Kirchen sachen zu schweigen — aber jetzt soll die Männerwelt nach der Pfeife der Beschwoerern tanzen. Die Kirchenwäter sind abgethan und Kirchenmütter führen ein neues Regiment ein, und welches!

Die Wälfchen verstehen den Glauben zu fälschen und muten uns sogar Vaterlandsverrat zu. Wohl wurden die ersten Wallfahrer, 52 Pfarrer aus Schwaben, beim Abzug aus der Schweiz von den Franzosen ausgebanen und stühteten nachts in Bahnmägen, aber der jüngere Klerus ist von Romanismus ganz erfüllt und gehört nicht mehr der deutschen Nation an. Am 17. April 1896 morgens fuhr zum Staunen der Pariser ein Bahnzug mit 800 deutschen Pilgern unter der Führung von Geistlichen ein und machte einen Bittgang zur Herz-Jesu-Kirche am Montmartre, einer Botivotivung, um die Rückerrstattung

von Elsaß-Lothringen an Frankreich zu erleben, — abends ging es nach Lourdes! Die Schmach, welche so den Katholiken Deutschlands zugefügt wird, könnte nicht ärger sein. Nichts ist so absurd, wie die Wallfahrt nach Lourdes, wer giebt dazu aber den Ton an? Alle Rücksicht ist abhanden gekommen, wie kann das Volk dann noch zu den geistlichen Vertrauen haben? Die Seminarerziehung scheint der Bildung und dem Patriotismus wenig förderlich.“

Es mag in der Schrift des Prof. Sepp viel persönliches sein und Erbitterung über erlittenes Unrecht mag ihm bei mancher Ausführung die Feder geführt haben; seine Schrift gewährt aber manchen Einblick in Nachseiten des religiösen Lebens unseres Volkes, wirft gelle Schlaglichter auf das gemeingefährliche Treiben der ultramontanen Richtung innerhalb der katholischen Kirche und darum sei sie allseitiger Beachtung empfohlen.

Verchiedenes.

Personalien. Den Ehrenulaten, den der Wiener Männergesangverein dem Komponisten jedes von ihm erstmalig ausgeführten Chorwerkes verleiht, empfing dieser Tage der Dresdener Lied-dichter Hugo Jüngst für seinen Chor „Das erste Lied“. Tezt von Viktor Althgen. — Frau Eleonora Duse wurde vor kurzem vom Gerichtstribunal in Mailand wegen Kontraktbruches zur Zahlung einer Strafbuße von 80 000 Lire an die beiden Imprefariati Giochi und Moreno und zum Ersatz der Gerichtskosten verurteilt. Frau Duse hat sich jedoch jetzt gültlich mit beiden Herren ausgeglichen und zahlt ihnen eine Buße von 63 000 Lire und 4000 Lire für Gerichtsanslagen. — Auf Grund eines Gutachtens des Medizinal-Kollegiums hat das Konfistorium in Breslau die Zwangs-emeritierung, welche gegen den bekannten Faktor Ziegler eingeleitet wurde, aufgehoben. — Der belgische Gesandte in Haag, Graf de Grelle, wurde auf dem Zweirad durch einen Postwagen überfahren und schwer verletzt. — Wie es heißt, wird die amtliche Bekanntgabe der Verlobung des Königs Alexander von Serbien mit Prinzessin Alexandra von Sachsen-Roburg sofort nach Rückkehr des Königs aus Rom erfolgen. — Das bisherige Atelier des Hofbildhauers Curjel im l. Schloßgarten zu Stuttgart wird zu einem Maleratelier für die Tochter des Königs von Württemberg, Prinzessin Pauline, eingerichtet.

Resultat und damit um eine interessante Feststellung für die Leser des „Blätts“.

Und wieder zählte ich: 6 Centrumsleute, 12 Konservative, 2 Freisinnige, 2 Demokraten, 8 Nationalliberale, 4 „Genossen“, 1 Pole, 2 Antisemiten: Summa 37 Mann. Dazu kommen nun noch rechts und links des Präsidenten die beiden Schriftführer Braun und Kropatsch, der Kreuzzeitungsgebieter, ferner der Referent Justizrat Mündel. Und über dieser Rede glänzen von den Tischen des Bundesrates hinein in das Dunkel des Hauses ein halbes Duzend Sterne zweiter Ordnung. Selbst von den „Allergünstigsten“, die sonst nie fehlen, sieht man heute nur Bachem, Prinz Arenberg, Bebel und Singer; die Levekov, Mirbach und Mantensel, die Gompesch und Lieber sind unsichtbar. Also: 37 wohlgeachtete Mann vertreten hier das deutsche Volk. Nicht übel! Doch halt! Was ist das? Ein halb fünf, es teilt sich der Vortrag der Mittelstür und es kommt — ein wenig spät zwar — doch er kommt, der würdige Herr Professor Pauly, der „Wolke“ der Reichspartei, der unermüdete — Schwoiger. 38 Mann! Welche Fülle an Arbeitsfreudigkeit, Pflichtbewusstsein und Intelligenz ist hier vertreten!

Die rein sachliche Debatte schleppte sich müde dahin, ohne Spur von Interesse, und nur von Zeit zu Zeit, wenn die elektrische Klingel des Präsidenten zur Abstimmung rief, geht eine stärkere Bewegung durch den Saal, um alsbald der früheren Behaglichkeit zu weichen. Nach einigen Reden, in die sich die Herren Stadthagen und Wech und Wech und Stadthagen in holder Abwechslung teilten, wurde der Centrumsantrag zu § 103 der Str.-Pr.-O., wonach die Unternehmung des Körpers einer Person zum Zweck der Verfolgung von Spuren einer strafbaren Handlung gegen den Willen der Person unzulässig ist, vom Centrum, Freisinn und den Sozialdemokraten angenommen.

Im weiteren Verlaufe der Abstimmungen begab sich auch das rührende Ereignis, daß der ganze — natürlich nur der anwesende — Reichstag von der äußersten Linken bis hinüber zur Rechten einen Antrag einstimmig annahm. Nun spottete noch einer, wenn er Mut hat! Auch der Antrag Strombeck, daß Vollmachten der Verteidiger im Falle der öffentlichen Klage stempelfrei sein sollen, wurde angenommen und noch manch anderer Antrag dazu.

Und so flutete Rede und Gegenrede leidvoll und freudvoll dahin, bis um 5 Uhr von Buol die Sitzung verlagte.

Und so wie heute, war's fast all die Tage her, und wird's wohl bleiben, mit wenigen Ausnahmen, bis das holde Christkind mit seinem Zauber auch noch diese wenigen Volksvertreter hinweglockt von hier zum heimischen Herd. — Ja es ist ein traurig Bild, das der Reichstag bietet, und wer es nicht sieht mit eigenen Augen, der will es nicht glauben. Und selbst wenn er's sieht, zweifelt er, wie das jüngst ein Herr aus der Provinz gethan. So um die dritte Nachmittagsstunde — die Sitzung beginnt zumeist gegen 1/2 Uhr — ging ich über den Korridor. Aus einer Thüre der Zuschauertribüne trat ein Herr auf mich zu. „Entschuldigen Sie, wann beginnt denn die Sitzung?“, war seine Frage. Welche Sitzung? — Nun, die Reichstags-sitzung! — Ja, mein Herr, die Sitzung ist bereits seit anderthalb Stunden in vollem Gang. — Wo denn? — Hier im Saal. — Im Saal? — Natürlich! — Und wo sind die Abgeordneten? — Auch im Saal. — Das sind aber doch höchstens 3 Duzend. — Mehr sind's nur in Ausnahmefällen. — Und das ist der deutsche Reichstag, rief der Herr fast verzweifelt aus, und so gestalten sich seine Verhandlungen? Ich glaubte, die paar Herren da unten führten eine Privatunterhaltung, und wurde in diesem Glauben bestärkt, weil ich auch nicht ein Wort verstand. — Das macht die schlechte Akustik des Hauses, die sich mehrt mit dem vermindernden Besuch.

Geführt wie eine Lise schlich der Provinzale von dannen; er hatte den deutschen Reichstag — den Stolz und die Hoffnung der Nation — gesehen und doch wieder nicht gesehen, er hatte ihn gehört, aber nicht verstanden, er war gekommen voll froher Erwartung und zog heim voll schwerer Enttäuschung. Und wie diesem, geht's so vielen andern, und die den Reichstag jeden Tag von Berufs wegen sehen und hören müssen, die schauen erst recht die verzweifelte Klage: Welch ein Reichstag!

Deutscher Reichstag.

• Berlin, 25. Nov.

§ 270 (Verweisung einer Sache an das zuständige Gericht) wird in der Kommissionfassung entgegen den Ausführungen des Geheimrats v. Lenthe angenommen.

Bei § 276: „Das Urteil ist binnen drei Tagen zu den Akten zu bringen, werden zwei Anträge der Abgg. Strombeck und Schmid: Barburg, welche diese Frist verlängern wollten, abgelehnt. Es bleibt somit bei dem bestehenden Gesetz.“

§ 283 behandelt die Hauptfrage bei den Schwurgerichtsverhandlungen. Die Kommissionfassung bestimmt, daß dieselbe alle Thatfachen enthalten soll, welche die wesentlichen Merkmale der strafbaren Handlung bilden. Hierzu liegt ein Antrag v. Buchta auf Wiederherstellung des bestehenden Gesetzes vor.

Abg. von Buchta: Ich bin ein Gegner des Schwurgerichtsverfahrens, nicht aus politischen, sondern aus praktischen Gründen. Der Abg. Wech hat jüngst die Schwurgerichte ein Palladium der Freiheit genannt. Ich halte es für ein überlebtes Institut. In vielen Fällen würde die Überführung des Thäters durch Juridicien möglich gemacht werden. Durch Rechtsbelehrung wird den Geschworenen das Ausreichende gesagt. Ich bitte Sie, es bei dem bisherigen Zustande zu belassen.

Geheimrat Lukas: Ich kann den Antrag v. Buchta nur zur Annahme empfehlen. Zur Wiederbelebung des alten preussischen Rechtes, wie der Kommissionfassung bezeugt, liegt kein Grund vor.

Abg. Mündel wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. von Buchta bezüglich der Schwurgerichte und spricht die Hoffnung aus, daß die Geschworenenengerecht erhalten bleiben.

Für den Kommissionsvorschlag erhebt sich niemand. (Heiterkeit.) Es bleibt somit nach dem Antrag von Buchta bei den geltenden Gesetzen.

Nach § 344 kann die Jurisdiktion eines Rechtsmittels, sowie der Verzicht auf die Einlegung eines Rechtsmittels auch vor Ablauf der Frist zur Einlegung desselben wirksam erfolgen.

Abg. Stephan-Weuthen (Str.) beantragt hinzufragen: Doch ist der Verzicht bis zum Ablauf der Frist widersprüchlich.

Nach längerer Erörterung wird der Antrag Stephan angenommen und mit ihm § 344.

Zu § 362 beantragt Abg. Strombeck (Centr.) folgende Fassung des ersten Absatzes: „Beschlüsse, welche vom Landgerichte in der Beschwerdeinstanz erlassen sind, können, insofern sie die Verhaftung oder Unterbringung in einer öffentlichen Irrenanstalt betreffen, durch weitere Beschwerde angefochten werden.“

Der Antrag wird ohne Erörterung angenommen.

§ 354 lautet in der Regierungsvorlage: „Die Berufung findet statt gegen die Urteile der Schöffengerichte und gegen die Urteile der Strafammern in erster Instanz. Die Kommission hat den Paragrafen unverändert gelassen. Dazu beantragt Wech die Beifügung der Worte: „jedoch mit Ausnahme des Falles, wenn ein Angeklagter einstimmig freigesprochen worden“ und die Abg. Wech und Mündel die Beifügung folgenden weiteren Absatzes: „Die zum Nachteil des Angeklagten eingelegte Berufung gegen ein Urteil der Strafammern kann nur auf Anführung neuer Thatfachen oder Beweismittel oder darauf gestützt werden, daß das Urteil auf einer Verlesung des Gesetzes beruht. Das Gesetz ist verletzt, wenn eine Rechtsnorm nicht oder nicht richtig angewendet ist.“

Abg. Hausmann (Südb. Vpt.): Die Oberlandesgerichte sind jetzt hauptsächlich außer Achtung gesetzt zu den ihnen unterstellten Strafgerichten, weil die Urteile der letzteren nicht vor sie kommen. Es liegt deshalb im Interesse der Strafrechtspflege und der Justizverwaltung, die Berufung an die Oberlandesgerichte zurückzuführen. Gegen den Antrag Mündel habe ich zunächst wegen seiner nicht einfachen Struktur Bedenken. Er erscheint mir vorläufig deshalb nicht ganz zweckmäßig.

Abg. Mündel (fr. Vpt.): Die Berufung vermehrt den Schutz des Angeklagten nur, wenn es sich um die Berufung des Angeklagten handelt, aber sie vermehrt ihn nicht, wenn es sich um die Berufung der

Staatsanwaltschaft handelt. Nur in dem Falle, daß nach der Aburteilung in der ersten Instanz neue Thatfachen zu Ungunsten des Angeklagten hervortreten, könnte man der Staatsanwaltschaft das Recht der Berufung geben, aber auch dieser Fall ließe sich besser vielleicht im Wiedernahmeverfahren verhandeln.

Geheimrat v. Lenthe: Das Rechtsmittel der Berufung darf nicht als eine einseitige Wohlthat für den Angeklagten aufgeführt werden. Es soll nur dazu dienen, das materielle Recht zu fördern. Dieser Auffassung widerspricht der Antrag Mündel. Nach dem Antrag Mündel müßte ein Angeklagter, der mit 3 gegen 2 Stimmen in der ersten Instanz freigesprochen worden, in der zweiten einstimmig für schuldig erklärt wäre, freigesprochen werden. Der Antrag Mündel ist auch mit der Mündlichkeit und Unmittelbarkeit nicht zu vereinbaren, weil immer erst geprüft werden müßte, ob die neue Thatfache erheblich ist oder nicht, dies aber nur auf Grund der Akten festgestellt werden könnte.

Abg. Wech (fr. Vpt.): Die Frage, um die es sich hier handelt, ist schon auf dem Juristentage von 1867 ausführlich behandelt worden. Damals beantragte Staatsanwalt Schwarz, daß dem Staatsanwalt zum Nachtheile des Angeklagten das Recht der Berufung zuzuflehen sollte. Der Juristentag sprach sich auch im Sinne dieses Antrages aus. Daß darin eine Beeinträchtigung des Staatsanwalts liegt, hat schon Schwarz entschieden zurückgewiesen. Was meinen eigenen Antrag betrifft, so werde ich mich ja dazu verstehen, in der Einschränkung der Einkünfte nach weiteren Einschränkungen im Sinne eines gemeinschaftlichen Antrages zuzugestehen. Ich bitte Sie, den Antrag anzunehmen.

Abg. Oberjustizrat v. Lenthe: Das Geschehen der Berufung an den Staatsanwalt, wie es der Antrag von der Verbringung neuer Thatfachen abhängig machen will, ist für den Staatsanwalt ziemlich wertlos. Auch der Antrag, die Berufung des Staatsanwalts gegen einstimmige Freisprechung nicht zuzulassen, entspricht nicht der Billigkeit. Ich bitte, alle Anträge abzulehnen und die Vorlage anzunehmen.

Nachdem Abg. Wech nochmals für seinen Antrag gesprochen, wird die Diskussion geschlossen. Die Anträge Wech und Mündel werden abgelehnt. § 354 wird in der Kommissionfassung angenommen, ebenso der früher zurückgestellte § 366.

Darauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt. Vorher werden die Anträge des Abg. Auer über die russische Zollbehandlung deutscher Lederwaren und betr. die Konsumvereine verhandelt werden. Schluß 5 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

• Karlsruhe, 26. Nov. Während die freisinnigen und ihnen verwandte Blätter nicht müde werden, den Fall Brülwies als Verstoß gegen den Geist, der in unseren Offizierkorps herrscht, in mehr als treffender Weise anzuzukunnen, schreibt über denselben Fall der französische „Figaro“:

„Dieser bedauerliche Vorfall hat den Gegnern des Militarismus in Deutschland Anlaß gegeben, die Prägung und das Standesbewußtsein, dessen die Offiziere der kaiserlichen Armee sich rühmen, politisch in Frage zu stellen. Ausdrücklich ist es aber lediglich dieser Korpsgeist, der, oder vielmehr dieser Geist, der in dem Kopf und dem höheren deutschen Bürgertum herrscht, aus dem fast ansichtslos die höheren Chargen der Armee sich ergänzen, durch den wir 1870 besiegt wurden. Ohne diese Armee, ohne dieses Korpsgeistwäre die deutsche Einheit niemals errungen worden sein; ohne ihn geht es weder ein deutsches Reich und noch weniger einen deutschen Reichstag!“

Unsere demokratischen Blätter, bemerkt hierzu die „Kritik“ zutreffend, verdienen es in der That, daß ihnen von diesem republikanischen ausländischen Blatte die Wahrheit gesagt und ihnen die Augen über das Geöffnet werden, was sie in ihrer blinden vaterlandstollen Wut zu vernichten suchen. Die „Hamburger Nachrichten“, die von der Ausrüstung des „Figaro“ ebenfalls Notiz nehmen, fügen ihrerseits folgende Bemerkung bei: „Wir beklagen vornehmlich wie das Karlsruhe' so sehr wie jedes andere Blatt, namentlich auch im Interesse der Armee. Noch mehr aber bebauern wir die Verwertung des Vorganges gegen unser Offizierkorps im allgemeinen. In diesem werden wie in jedem Stande Persönlichkeiten vorkommen, welche Exzeße begehen; die menschliche Natur macht eben auch vor der Uniform nicht Halt und Wehr. Aber es ist unzulässig, einem ganzen Stande entgelten zu lassen, was ein Einzelner verbrochen hat. Ramentlich würden wir es aufs tiefste bedauern, wenn, was ja glücklicherweise kaum zu befürchten ist, der Fall Brülwies oder einige Duellaffären zu Maßregeln führen sollten, die den von Paris' „Figaro“ in seiner vollen Wichtigkeit für die Armee erkannten Geist des deutschen Offizierkorps verändern müßten. Möglicherweise können dann ein paar Duelle oder Ausschreitungen weniger vor, aber dafür würde die Gefahr für Deutschland entstehen, im nächsten Kriege weniger erfolgreich als früher zu sein. Wir glauben nicht, daß die deutsche Nation gewillt ist, diesen Preis für eine Reform unseres Offizierstandes nach freisinnig-demokratischen Kriterien zu zahlen.“

Berlin, 25. Nov. Der Seniorenkongress des Reichstages beschloß, am Montag die erste Lesung des Etats abzuhalten und sodann die Justiznovelle in zweiter und dritter Lesung zu erledigen. Die Weihnachtssitzungen sollen vom 18. Dezember bis 8. Januar dauern, nach Neujahr, abgesehen von den Schwervernastagen, ununterbrochen die zweite Lesung des Etats gefördert werden.

Berlin, 25. Nov. Ein Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ führt aus: Der Bericht der Bankierreise auf die Eintragung in das Terminregister schmückt nicht ab, sondern verschärft die Wirkung des Gesetzes, das Börsenplatz Unterwerfung einzuschranken; da die Eintragung die Rechtswirksamkeit begründet, werde es alsdann lagbare Termingeschäfte überhaupt nicht geben. Die Verfassung auf Treue und Glauben mag für die internen Kreise des Börsenplatzes Geltung haben, jedenfalls mache die Nichtertragung es ungleich gewagter, mit dem Spielenden Privatpublikum, insbesondere dem mittellosen sich in Termingeschäfte einzulassen. Die Gesetzgebung habe keinen Grund, mit der Wendung der Dinge unzufrieden zu sein.

Ausland.

England.

London, 25. Nov. Die „Wall Mall Gazette“ berichtet, die Regierung beabsichtige, vom Parlament eine Erhöhung der Forforderungen für das Heer und die Marine um mehrere Millionen Pfund Sterling zu verlangen, um eine neue Artillerie-Bemastung durchzuführen, zahlreiche neue Linien-Bataillone zu errichten und das Transportwesen neu zu ordnen.

Baden und Nachbarländer.

Manheim, 25. Nov. Der jüngst von der hiesigen sozialdemokratischen „Volkstimme“ gebrachte rohe Schmähartikel auf den Fürsten Bismarck hat in der ganzen Manheimer Bürgerschaft die tiefste Entrüstung hervorgerufen. Gestern ist nunmehr folgendes, von vielen hundert hiesiger Bürger unterzeichnetes Schreiben an den Fürsten Bismarck in Friedrücksruh abgegangen:

An Seine Durchlaucht den Fürsten Bismarck in Friedrücksruh.

Die ehrebetriegt unterzeichneten Bürger der Stadt Manheim, welche mit Freude und Stolz in Euer Durchlaucht ihren größten und vornehmsten Mit- und Ehrenbürger ehrfurchtsvoll begrüßen, erblicken in dem beifolgenden gegen die erhabene Person Euer Durchlaucht gerichteten Schmähartikel der hiesigen sozialdemokratischen „Volkstimme“ einen Ungehörigen, der an Anstand und Gemüthe der Stimmung alles dagesene übertrifft. Aber nicht allein die ehrebetriegt unterzeichneten, auch alle übrigen verständigen Leute der Stadt Manheim fühlen sich durch den schamlosen Angriff auf Euer Durchlaucht Person in ihren heiligsten patriotischen Empfindungen auf das Tiefste verletzt und verlangen in einmütiger Entrüstung, daß schon im Interesse der Autorität und der öffentlichen Moral dieses freudhafte Treiben

alsbald eine gerechte, wohlverdiente Sühne finden möge. Was Euer Durchlaucht ein ganzes Menschenalter hindurch für die Ehre, die Größe und den Ruhm unseres teuren deutschen Vaterlandes Großes und Segensreiches geleistet, das ist unauflöslich im Buche der Geschichte und in den Herzen des dankbaren deutschen Volkes eingetragener und auch viel zu erhaben, als daß es durch Verunglimpfungen einzelner, denen der Begriff von Ehre und Vaterland vollständig abgeht, beeinträchtigt werden könnte. Bei der Schwere der vorliegenden Beschimpfung, die in ihrer maßlosen Gemeinheit und Niedertracht offenbar nicht sowohl gegen Euer Durchlaucht, den ersten Kanzler des Deutschen Reichs, als auch gegen das geheiligte Andenken an unsern hochseligen Heiligherr Kaiser und seine glorreiche, gottbegnadete Regierung gerichtet ist, bitten wir Euer Durchlaucht ehrfurchtsvoll und dringend, in diesem besonderen Falle, entgegen der sonstigen Gesetzmäßigkeit, und zur Verhütung der hart erregten Gemüther, ausnahmsweise den zur gerichtlichen Verfolgung unersüßlichen Strafantrag hindurch erteilen zu wollen. Einer gnädigen Entschließung Euer Durchlaucht durch Billigung ihrer Bitte zuverichtlich entgegenzusehen, schähen sich die ehrebetriegt unterzeichneten gläubig. Euer Durchlaucht neuerdings ihrer unwandelbaren Treue, Dankbarkeit, Liebe und Verehrung versichern zu dürfen, indem sie aus treuem deutschen Herzen den heißen Wunsch zum Himmel emporsenden: Gott der Allmächtige schütze und erhalte Euer Durchlaucht noch viele, viele Jahre uns und dem deutschen Vaterland!

In tiefer Ehrfurcht verharren Euer Durchlaucht treu ergebene Bürger der Stadt Manheim: (Folgen die Unterschriften.) Wir treten uns, das Manheimer Bürger dem wüsten Treiben des Sozialdem. Blattes nicht energielos aufpassen, sondern Schritte thun, um eine gerechte Sühne für die Schändlichkeiten herbeizuführen. Noch mehr Wirkung würde die That der Manheimer Bürger üben, wenn ihnen in ihrer Eingabe an Bismarck ein einfacher Ton gelungen wäre. (Die Red.)

Heidelberg, 25. Nov. Die hiesige katholische Kirchengemeinde wünscht in der Bestalt eine neue Kirche zu erbauen; die Mittel dazu müßten durch eine örtliche Kirchensteuer aufgebracht werden. Nun ist eine solche Steuer bekanntlich nach Art der Gemeindesteuer unzulässig, ein Umstand, der besonders in den Kreisen der Geschäftsleute, die zugleich Grundbesitzer sind, eine heftige Bewegung gegen die Steuer entfacht hat, denn diese Herren hätten von ihrem Häuservermögen sowohl wie vom Gewerbevermögen und vom Einkommensteuerantrag die Lasten zu entrichten, und da man als den Steuerzahler 5 Pfennige aufstellen will, so würde das für manchen eine ganz erhebliche neue Last bedeuten. Eine augenscheinlich ziemlich starke Strömung in der hiesigen kathol. Gemeinde geht dahin, man solle die Einführung der Steuer noch verschoben und inzwischen darauf hinarbeiten, daß das Gesetz über die Ortskirchensteuer abgeändert und die Steuer lediglich auf das Einkommensteuerkapital gelegt werde. Die kirchlichen Interessen seien rein persönlicher Natur und darum solle jeder nach seinem persönlichen Einkommen besteuert werden, den Hausbesitz z. B. solle man aus dem Spiel lassen. Für heute Abend ist eine Versammlung der Interessenten einberufen worden, auf der es möglicherweise recht lebhaft zugehen wird. Man will für die schon morgen stattfindende Wahl der Kirchengemeinde-Vertretung noch schnell eine Liste solcher Kandidaten aufstellen, die für die Verchiebung eintreten; die Freunde der sofortigen Einführung der Steuer haben eine Liste schon fertig. Da bisher Gegenstände in der kathol. Kirchengemeinde nicht zu Tage getreten sind — mangels einer Kirchengemeinde-Vertretung war das bisher überhaupt nicht möglich — so sehen auch die Mitglieder der andern Konfessionen dem weiteren Verlaufe der Sache mit einiger Spannung entgegen. — Nachschrift. Die heutige Versammlung hiesiger Katholiken war sehr zahlreich besucht und verlief sehr animiert. Die Gegner und die Freunde der sofortigen Einführung der örtlichen Kirchensteuer hielten sich so ziemlich die Waage. Das Resultat der morgigen Abstimmung ist hiernach heute noch nicht zu übersehen.

Aus Baden, 25. Nov. Unter dem jüngeren Klerus herrscht vielfach starke Unzufriedenheit, weil die geringer dotierten Pfarrpräbenden schon seit geraumer Zeit von seinen des erb. Ordinariates nicht mehr zur Ausfüllung gelangen. Angeblühlich geschieht dies, weil mit dem Jahre 1899 der Staatszuschuß in Wegfall kommen soll. Ein diesbezüglicher Ordinariatsbescheid vom 25. April v. J. macht die Geistlichkeit darauf aufmerksam, mit dem Ansehen, daß die kirchliche Behörde z. Zt. nicht in der Lage sei, von genanntem Termin an ein Äquivalent für die bisher zur Auszahlung gelangenden Aufbesserungen garantieren zu können. Diese Forderungen, welche kompetierende Geistliche vor späterem Schaden beantragen soll, wäre an und für sich ganz lobenswert, ist aber rein illusorisch, da die in Betracht kommenden Präbenden gar nicht mehr zur Bewerbung ausgeschrieben werden. Und doch darf man sicher antworten, daß trotz der angeblühlichen Gefahr — an die übrigens nicht einmal die Herren in Freiburg glauben, da auch anno 1899 der Zuschuß zweifellos wieder genehmigt wird — sich auch für solche Pfarreien immer noch genug Liebhaber finden würden. Warum hindert man also diese an der Erlangung solcher Präbenden? Ohne näher auf den Zweck dieser Praxis eingehen zu wollen, können wir wohl sagen, daß Freiburg wieder einmal Prinzipienreiterei treibt, wofür der gutmütige und nicht definitiv angestellte Klerus, der in hartem Baun gehalten wird und sich nicht zu rühren wagt, die Beche bezahlen darf. Aber das Fetergeheiß müßten wir vernennen, das im Centrumslager erhoben würde, wenn durch Verschulden der Regierung solche Zustände geschaffen und eine ganze Reihe von Pfarreien Jahre lang vakant sein müßten.

Aus der Residenz.

• Karlsruhe, 26. Novbr.

Die Altbahn. Dem schon erwähnten Stadträtlichen Bericht, bezw. dem beigegebenen Plane, entnehmen wir noch das Folgende:

Die Bahn von Karlsruhe bis Herrenalß wird 26,142 km lang. Die Station Karlsruhe liegt 118,50 m über dem Meer, die Station Herrenalß 95,135 m. Zwischenstationen sind vorgesehen bei Ruppurr (nördlich vom Eingang von Groß-Ruppurr), Ettlingen Stadt und Holzhof, Spimerer I. und II., Wulsenbach (unten im Thal), Neurath, Spielberg-Schöllbrunn, Marzell, Frauenalß. Die vorkommenden Gefälle beim Uebergang über die Güterbahn am Lauterberg und bei Ettlingen sind ganz unbedeutend; die höchsten vorkommenden Steigungen, welche allerdings von der Station Spimerer I. an fast ausschließlich herrschen, betragen 1:50. In Station Wulsenbach (171,10 m ü. M.) zweigt die Linie nach Forstheim ab, welche ein sehr hügeliges Gelände durchfährt. Die Steigung bis Rengelsbach beträgt gleich 1:33, dann folgt ein kleines Gefälle bis auf die Ittersbacher Höhe eine Steigung von 1:52 und 1:50 bis auf die Ittersbacher Höhe (314,66 m), dann folgt ein geringes Gefälle bis zur Station Zittersbach (312,96 m), wo die Bahn eine vollständige „Kehr“ macht, um sodann mit einem Gefälle von 1:33 nach Weiler und mit geringeren Gefällen nach Ettlingen (206,00 m) hinabzugehen. Nun steigt die Bahn wieder mit 1:37 nach Dietlingen und mit ähnlichen und gleichen Gefällen zum höchsten Punkt dieser Linie (348,95 m, fast so hoch wie Herrenalß) in der Nähe des württembergischen Ortes Wirtensfeld, für den keine Station vorgesehen ist, sodann mit Gefällen bis zu 1:33 nach Brödingen hinab, worauf mit einer kleinen Gegensteigung die Endstation Forstheim (260,50 m) in der westl. Karl-Friedrichstraße erreicht wird. Das Nivellement zwischen Wulsenbach und Forstheim überschreitet also zwei Höhen (314,66 m und 348,95 m) mit der Einlenkung des Pfingstthals (206,00 m) dazwischen. Die Länge der Linie Karlsruhe—Wulsenbach beträgt 10,314 km, Wulsenbach—Forstheim 31,136 km, die ganze Baulänge somit 57,278 km. Hieron liegen 33,378 km auf badischen, 3,900 km auf württembergischem Gebiet. Der von Baden bewilligte Staatszuschuß beträgt 18 000 M. auf den ganzen, also im ganzen 990 804 M.

Unter den Bedingungen, welche die Firma Lenz u. Comp. für die Erbauung der Bahn gestellt hat, und welche wir feinerzeit mitteilen, befindet sich der Eigentumsübergang der jetzigen Ettlinger Seitenbahn Bahnhof-Holzhof, welche von Ettlingen mit einem Aufwand

von 112 840 M. erbaut wurde, an die Firma. Da diese nur 26 000 M. für die Erwerbung aufwenden will, beantragt der Stadtrat, daß die Stadt Karlsruhe die fehlenden 86 840 M. übernehme, um das Zustandekommen der Altbahn zu ermöglichen.

Die Karlsruhe' Personentation soll auf dem Festplatz angelegt werden, und zwar längs der Staatsbahn vom Uebergang der Gartenstraße bis zum Rauts-Panorama, damit die Umladung (auch ganzer Güterwagen) ermöglicht wird. Dann biegt die Bahn mit einer Kurve, der beinahe einen Halbkreis bildet, nach der Göttinger Straße um, wobei sie in einer solchen Weise durchschneidet, daß die Abhaltung der Weite künftig einige Schwierigkeiten verursachen dürfte, und überhaupt nicht gerade gewinnen wird. Von der Stelle an, wo die Bahnhofsstraße einmündet, läuft die Bahn auf der Westseite des Bahndamms der Göttinger Straße neben diesem her.

Der Stadtrat hat über die Personentation auf dem Festplatz auf der Westseite der Göttinger Straße eine Besondere Bemerkung gemacht, nämlich, daß die Staatsbahn während der Arbeit möglichst weit von der Göttinger Straße entfernt werden sollte, um den Verkehr nicht zu sehr zu beeinträchtigen. Alles in allem (obiges einbezogen) glaubt der Stadtrat, daß mit einem Opfer von 150 000 M., wie es beantragt wird, das Interesse der Stadt an der Altbahn erschöpft ist, und daß weitere Anforderungen unter allen Umständen zurückgewiesen werden sollen.

Der Stadtratsbericht weist auf die langen Verhandlungen, welche endlich zur Einigung führten, einen Rückblick, dem der Kommissionsbericht des Abg. Klein zu Grunde gelegt ist.

Die gesamten Herstellungskosten der Altbahn sind einschließlich des Grunderwerbs (880 000 M.) auf 3 980 000 M. veranschlagt. Die Betriebsrechnung läßt einen Reinertrag von 80 000 M. erwarten, wobei jedoch eine bedeutende Steigerung des Verkehrs angenommen ist.

Eine besondere Absicht des Stadtratsberichts erörtert das Interesse, welches die Stadt Karlsruhe an dem Zustandekommen der Altbahn hat. In erster Linie wird angeführt, daß die in der Stadt beschäftigten Arbeiter, deren Zahl mindestens 10 000 betrage, einen großen Vorteil davon haben, wenn sie auf dem Lande wohnen, statt in den Mietkasernen der Stadt. Ein Weg von Wohnstätten, welches die Stadt umgibt, ist deswegen eine Notwendigkeit. Wenn nämlich der Rheinhausen besteht und die industrielle Entwicklung der Stadt noch rascher vor sich geht, wird das Gewicht dieser Gründe noch zunehmen.

Reiner ist die Bahn nützlich zur Versorgung der Stadt mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen.

Die geplanten Bahnlinien haben den besondern Wert, daß sie in eine schon bestehende Verbindung führen und die Annehmlichkeiten des hiesigen Aufstufens für die Natur erhöhen. Die gegenwärtige Eisenbahnverbindung mit Göttingen genügt dem Bedürfnis nicht in ausreichendem Maße. Aus allen diesen Gründen wird der Antrag auf Bewilligung des Zuschusses von 150 000 M. gestellt.

Im Gewerbeverein hielt gestern Abend der Schriftführer des Gewerbe- und Industrie-Vereins in Mannheim, Hr. Hauser, einen Vortrag über „Zweck und Ziele der Gewerbevereine“. Herr Hauser, der bei seiner 20jährigen Tätigkeit im Gewerbevereinswesen eine außerordentlich reiche Erfahrung auf diesem Gebiete besitzt, schilderte einleitend die Fehler und Mängel, durch die es den Gewerbevereinen bisher nicht gelungen sei, sich in der wünschenswerten Weise zu entwickeln, und entsand darauf in klarer und überzeugender Darstellung ein Programm für eine gedeihliche Vereinthätigkeit; nach demselben hätten die Gewerbevereine in der Hauptache ihr Augenmerk auf etwa folgende Punkte zu richten: zeitigere Ausgestaltung des Lehrinhalts, Vermittlung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Interesse des sozialen Friedens, Hebung der allgemeinen Bildung der Gewerbetreibenden, insbesondere Aufklärung über die wichtigsten Rechts- und Verfassungssachen, über die wirtschaftlichen und sozialen Probleme, durch Vorträge, Sonntagsschulen, Anregung zur Veranstaltung von Gewerbeausstellungen, Betheiligung der Gesetzgebung, Regelung der Kreditverhältnisse u. a. m. Die leider nicht sehr zahlreiche Versammlung nahm den Vortrag mit einstimmigem Beifall auf.

Errichtung einer Zentralherberge und eines Arbeiterheims war die Tagesordnung der gestern Abend stattgehabten, gut besuchten Versammlung sämtlicher hiesiger Gewerkschaften. Nachdem der Vorsitzende die Entschaltung des Projekts und die Absicht, das Reichshallen-Theater zu erwerben, geschildert hatte, erläuterten die Vertreter der einzelnen Gewerkschaften Bericht über die Stellung der letzteren zu dem Projekte. Die Mehrzahl der Gewerkschaften sprach sich für die Erwerbung des Reichshallen-Theaters aus. In der Diskussion sprachen sich die Redner für und wider den Kauf des betr. Anwesens aus, da die Brauerei Münchener Kind das Gebäude nicht kaufen, sondern nur das Geld vorziehen wolle. Es wurde auch im Hinblick auf die schlechte Rentabilität ähnlicher Genossenschafts-Unternehmungen darauf gewarnt, die projektierte Zentralherberge auf eigene Rechnung zu übernehmen. Im Verlaufe der Debatte wurde dann angeregt, mit Karlsruhe' Brauereien zu verhandeln, da man dann für jeden Fokteller 5 M. spare. Schließlich kamen, da keine positiven Vorschläge gemacht wurden, folgende Fragen zur Abstimmung: Wollen wir eine Zentralherberge (Reichshallen-Theater)? Diese Frage wurde einstimmig bejaht. Die zweite Frage, ob Münchener Bier verkauft werden sollte, wurde verneint. Ebenso wurde der dritte Antrag, das Reichshallen-Theater käuflich zu übernehmen, abgelehnt und die Pacht desselben angenommen. Sodann wurde eine Kommission beauftragt, die Verhandlungen mit der Münchener Kind-Brauerei abzubrechen und sich mit Karlsruhe' Brauereien in Verbindung zu setzen.

Großherzogliches Konservatorium. Herr Kommerzienrat

Julius Blüthner, Chef der weltberühmten Leipziger Hof-Pianos-fabrik, hat vor einigen Tagen dem Groß-Konseratorium dahier einen prachtvollen Konserzflügel für den Konserzsaal der Anstalt zum Geschenk gemacht. Derselbe hat bereits in der ersten dieswintlichen Schüleraufführung, am Montag, den 23. d. M., erstmalige Verwendung gefunden und durch seinen mächtigen, edel-schönen und gefangenen Ton allgemeine Bewunderung hervorgerufen.

Mittheilungen.

Der Großherzog hat am 9. Nov. d. J. dem Abbeinwart Wilhelm Höferlin in Schusterinsel, Gemeinde Weis, die silberne Rettungs-medaille verliehen.

Militärnachrichten. • Weber, Major von der 3. Jngen.-Inf., zum Jngen.-Dir. vom Platz in Neubredach, zum Kommandeur des Niederstschle. Pion.-Bat. Nr. 5, • Köhler, Major von der 3. Jngen.-Inf., zum Jngen.-Dir. vom Platz in Neubredach ernannt. • v. Wedel, Sel.-Lieut. vom 6. Bad. Inf.-Reg. Kaiser Friedrich III. Nr. 114, dessen Kommando zur Dienstleistung bei der Schlossgarde-Komp. um 6 Monate verlängert.

Rechtspflege.

• Leipzig, 24. Nov. Das Reichsgericht hat im Prozesse des Heidelberg' Professors v. Kirchheim das Urteil der Mannheimer Strafkammer wegen der Eingabe an den Präsidenten des Reichs-Konserzgerichts aufgehoben und insofern den Prof. v. Kirchheim freigesprochen. Die Revision in Bezug auf die zweite Aufhebung, die Witwe Ott sei nur durch die Gerichte zurückgemacht worden, wurde verworfen.

Handel und Verkehr.

• Mannheim, 25. Nov. (Produktbörse). Weizen für Nov. 18.25, Roggen für Nov. 14.40, Gerste für Nov. 14.20, Mais für Nov. 10.—. Tendenz: Hauptget. • Mannheim, 25. Nov. (Effektenbörse). Bei leblosem Verkehr notieren: Rhein. Kreditbank-Aktien 136 1/2, Pf. Hofmann und Schoenlad 84 G. 33 Pf., Westeregeln Akt. 170 bez., Westeregeln Prioritäts-Aktien 105.90 bez., Pfalz-Brauerei 129 Pf., Weich-Brauerei 140 bez., Oberheim. Versicherungs-Aktien 235 G. 240 Pf.

• Billingen, 24. Nov. Kernen 9.60, 9.45, 9.30, Weizen 9.—, 8.48, 8.—, Wollen 9.—, Hafer 6.50, 6.36, 6.—. • Pullendorf, 24. Nov. 100 Kilo Kernen 20.40, 18.47, 16.50, Weizen 17.50, 16.96, 16.20, Gerste 14.—, 12.46, 11.—, Hafer 14.—, 12.64, 10.—.

• Frankfurt a. M., 25. Nov. Umsätze bis 6 Uhr 15 Minuten. Kreditaktien 308 1/2, Diskont-Aktien 105.70, b. Handelsbank 150.25, b. Dresdener Bank 156.50, b. Bank für Sozialwesen 103.90, b. Staatsbank 296 b. Lombard 83 1/2, b. Meridional 124 b. Mittelmeer 94.90, b. Prince Henri 84.60, b. Gotthard 164.80, 90 b. Central 136.20, b. Nordst. 130.80, 50 b. Union 84.50, b. Jura-Simplon St. 96.70, b. Bochumer 159.70, b. Siberia 178.50, b. Kaurahütte 158.—, b. Serben 67.10, b. Sprotz. Westphalen 92.50, b. Sprotz. 24.80, 85 b. Birtenlohe 31.40, b. Silberrente 85.95, b. Monatsr. 58.30, b. Buenos 29.60, b. Kurse von 6 Uhr 30 Min. Staatsbahn 295 1/2.

• Frankfurt, 25. Nov. (Vereinsgericht). Von der Wiener Börse lagen heute wieder schwache Notierungen vor. Die gestern schon im Auszuge mitgeteilte Rede des Finanzministers im Budgetausschuss des Abgeordneten-hauses über die Frage der Verrentung der 4-prozentigen gemeinsamen Rente hat die Hoffnungen derer gestärkt, welche schon an eine baldige Zusage der Konvention glaubten und dies war ein neues Moment der Beruhigung für die österreichischen Märkte. Auch hier war die Haltung keine besonders zweifelhafte, trotzdem Geld abermals leichter gewesen ist und das Scheinungsgeheim in Berlin halter unter relativ günstigen Geldverhältnissen von flauen ging. Heute halter zeigte lediglich schwache Emissionen, die durchweg anzien konnten, und Wetzlar wurden zu höherem Preise als dem Markte genommen, weil verläutet, daß eine Konvention der 6-prozentigen Anleihen vorbereitet werden soll. Im übrigen war das Geschäft still und die Kurse wenig verändert, nur österreichische Spekulationswerte sind merklich abgedrückt. Privatdiskonto 4 1/2 %.

• Berlin, 25. Nov. Weizen für Nov. 179.75, für Dez. 175.75, Roggen für Nov. 125.50, für Dez. 129.75, Weizen für Nov. 58.50, für Dez. 58.50, für Mai 43.—, Hafer für Nov. 130.50, für Dez. 130.25, Petro-leum hier 21.50, Regenw. hier 17.—, für Dez. 17.—, für Nov. 17.—, Regenw. für Nov. 17.—, für Dez. 17.—, für Nov. 17.—.

• Hamburg, 25. Nov. Kaffe gute average Santos Schluß-kurse für Dez. 80 1/2 Pf., für März 81 Pf. • Breslau, 25. Nov. Spiritus 60 M. Verdr.-Abgabe für Nov. 54.10, do. 70er für Nov. 81.60.

• Paris, 25. Nov. Weizen per November 89.75, per Dezember 89.50, per Januar-April 89.50, per Mai 80.25. Matt. Spiritus per Nov. 81.75, per Mai-Aug. 84.25, Trage. Zucker, weißer, Nr. 3, per 100 Kilogr. per Nov. 27.30, per März-Juni 28.75. Weizen, Mehl, 8 Marques, per Nov. 46.40, per Dezember 46.60, per Jan.-April 47.—, per Mai-August 47.30. Fein. Weizen per November 21.10, per Dezember 21.30, per Januar-April 21.90, per März-Juni 22.40. Fein. Roggen per November 14.40, per Debr. 14.50, per Jan.-Apr. 14.40, per März-Juni 14.50. Trage. Salz —. Wetter: Nat. 1.

• London, 25. Nov. Silber 80. • London, 25. Nov. (Metallbörse). Kupfer Chili-Bar 49 1/2, dito 3 Monate 49 1/2, Zinn Straits cash 58 1/2, dito 3 Monate 56 1/2, — Wei spanisch 11 1/2, dito englisch 11 1/2. Zint ordinary brands 17 1/2, dito Special brands 18.—.

• Lissabon, 25. Nov. Rohseifen. (Schluß) Weizen numéros warr. 48 Sch. 11 b.

• Liverpool, 25. Nov. (Baumwolle). Schluß. Tageseinfuhr 39000, Umsatz 10000 B. Fein. Amerikaner und Surats 1/2 höher. Roggen für März 114.—, für Mai 114.—, Weizen für Nov. —, für März 106.—, für Dez. 17.—, für Frühjahr 18.—, für Sommer 18 1/2. Banca Zinn hier 35 1/2, Sikkim hier 55 1/2.

• New-York, 25. Nov. 5 Uhr Nachm. Affischen Lopez a. Santa Fe Sch. 14 1/2, Canada Pacific Sch. 57.—, Central Pacific Sch. —, Chicago Alin. u. St. Paul Sch. 18.—, Denver u. Rio Grande Pref. 1/7 Uhr.

74 1/2, Louisville u. Nashville Sch. 43 1/2, New-York Lake Erie Sch. 50.—, New-York Central Sch. 15 1/2, Northern Pacific pref. Sch. 94 1/2, Silber 65 1/2. Tendenz: lustlos eröffnend blieb die Börse in dieser Stimmung. Morgen Feiertag.

• New-York, 25. Nov. Weizen: Nov. 89 1/2, Debr. 89 1/2, Jan. 89 1/2, Febr. —, März 91.—, Mai 88 1/2, Juli —. Tendenz: Weizen ganzen Tag steigend mit einigen Rückschlägen. • Chicago, 25. Nov. Nov. 80 1/2, Debr. 79 1/2, Mai 83 1/2, Nov. 28 1/2, Debr. 25 1/2, Mai 27 1/2.

Drahtberichte.

• Berlin, 26. Nov. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bezeichnet die Blättermeldung als erfunden, daß Schloß Wilhelmshöhe bei Kassel als Sommerresidenz des Kaisers paars an Stelle von Potsdam in Aussicht genommen sei. Wilhelmshöhe werde auch künftig einige Wochen als Sommer-aufenthalt benutzt werden, jedoch sei an zuständiger Stelle nichts von der Absicht bekannt.

• Rom, 26. Nov. Gestern Nachmittag hatte König Humbert eine längere Unterredung mit dem König von Serbien. Am Abend war Galadiner zu Ehren des Gastes.

• Madrid, 26. Nov. Canovas erklärte einem Berichterstatter, daß er gegen die Abberufung Weylers von Kuba sei; die Regierung werde ihn vielmehr unterstützen.

• London, 26. Nov. Der Präsident des Handels-amtes hielt gestern bei einem Festmahl eine Rede, worin er mittheilte, daß vom Januar bis Oktober 1896 die Ein- und Ausfuhr gegen das Vorjahr bedeutend zugenommen habe. Wegen des deutschen Wettbewerbs brauche man sich nicht zu sehr zu beunruhigen, wenn die Notwendigkeit eines wahren Unternehmungsgeistes für sämtliche Fabrikanten und Kaufleute bestehe.

• Petersburg, 26. Nov. Zu Ehren Melidoms fand gestern ein Festmahl bei dem deutschen Vorkonsul Grafen Radolin statt.

Der Hafenarbeiterstreik in Hamburg.

• Hamburg, 25. Nov. Außer den nicht ausländischen Arbeitern meldeten sich heute weitere 250 zur Arbeit. Die Arbeit ruht nur auf einigen Getreidedampfern. Mehrere Ewer-führer entließen Leute, da infolge des Ausstandes nicht genügend Beschäftigung vorhanden ist. Die Arbeiter der Kohlenfirma Heidmann legten morgens die Arbeit nieder, angeblich gezwungen-machen, und erklärten, nur 2 Tage feiern zu wollen, nahmen jedoch nachmittags die Arbeit wieder auf, da die Firma hierauf nicht einging. Aus anderen Betrieben werden ähnliche Fälle gemeldet. 180 englische Arbeiter trafen aus Grimsby ein, um Arbeit anzunehmen. Weitere Arbeiter werden erwartet. Die Ewerführer stellten den Baasen heute Forderungen zu, welche eine Lohnerhöhung von 60 Prozent betragen solle. Wenn die Baasen dies ab-schlehnten, schloßen sich die Ewerführer morgen dem Ausstand an.

• Hamburg, 26. Nov. Die beiden Versammlungen der Ewerführer und Seeleute beschloßen, sich dem Ausstande anzuschließen. Eine große, ruhig verlaufene Ver-sammlung des Hafenarbeiterverbandes verlagte die Abstimmung über die Proklamierung des Generalstreiks auf Freitag. — In der gestrigen Versammlung der Hafenarbeiter gelangte ein an die Hamburger Hafenarbeiter gerichtetes Flugblatt des eng-lischen Arbeiterführers Tom Mann zur Besprechung, worin verichert wird, daß 1/2 der englischen Arbeiter den Vorstoß der Hamburger Arbeiter freudig begrüßten. Tom Mann rät den Ausständigen an, die Arbeit so lange ruhen zu lassen, bis sämtliche Forderungen bewilligt seien. Sämtliche Genossen in Amsterdam, Rotterdam, Christiania, Göttingen und den englischen Hafen-plätzen seien zur Unterstützung vorbereitet. In der letzten Woche seien 5600 Mann den Gewerkschaften beigetreten. Die Versamm-lung währte bis Mitternacht; die Ruhe wurde nicht gestört.

• London, 25. Nov. Die Meldung des Pariser „Matin“, daß aus England Geld zur Unterstützung der Hamburger Schauer-leute nach Hamburg geschickt worden sei, wird vom „Reuter'schen Bureau“ als unbegründet erklärt.

Straßengericht und verantwortlicher Redakteur:

Otto Reuß; Verantwortlich für den Anzeigenteil: Alexander Steinhäuser, beide in Karlsruhe.

Meteorol. Centralstation Stuttgart. Wettervorhersage: 25. November, nachmittags 4 Uhr.

Ueber dem Alpengebirg haben sich neue Störungen entwickelt, welche zeitweise förmliche Luftbewegungen veranlassen haben. Da aber die Wetter-lage über Mittel- und Westeuropa fast keine durchgreifende Aenderung erfahren hat, so wird bei östlichen Winden meist bedecktes, rauhes Wetter ohne wesentlichen Niederschlag eintreten.

• Großh. Hoftheater Karlsruhe. Donnerstag, 26. Nov. Abonnements-Abtg. B. 18. Vorst. (Mittel-Preise). „König Heinrich“, Tragödie in 1 Vorspiel „Kind Heinrich“ und 4 A. von Ernst v. Wildenbruch. Anfang 7 1/2 Uhr.

Freitag, 27. Nov. Abonnements-Abtg. C. 18. Vorstellung. (Kleine Preise). „Mikrandolina“, Lustspiel in 3 A. frei nach dem italienischen des Carlo Goldoni von Ernst Hoff. — „Der letzte Tag“, Schwank in 1 A. von Gustav von Mojer und Robert Mijsch. — „La Serpentine“, getanz von Fräulein Banz. Anfang 7 1/2 Uhr.

Frankfurter Börsenkurse vom 25. November 1896.

Staatspapiere.		Rheinl. 4 Reichs-Anl. Nr.		Bayer. 4 Reichs-Anl. Nr.		Württ. 4 Reichs-Anl. Nr.		Baden 4 Reichs-Anl. Nr.		Hess. 4 Reichs-Anl. Nr.		Sachsen 4 Reichs-Anl. Nr.		Preuss. 4 Reichs-Anl. Nr.		Österr. 4 Reichs-Anl. Nr.		Russ. 4 Reichs-Anl. Nr.		Amer. 4 Reichs-Anl. Nr.		Japan. 4 Reichs-Anl. Nr.		Indische 4 Reichs-Anl. Nr.		Chines. 4 Reichs-Anl. Nr.		Andere 4 Reichs-Anl. Nr.	
104.20	104.10	104.20	104.10	104.20	104.10	104.20	104.10	104.20	104.10	104.20	104.10	104.20	104.10	104.20	104.10	104.20	104.10	104.20	104.10	104.20	104.10	104.20	104.10	104.20	104.10	104.20	104.10	104.20	

